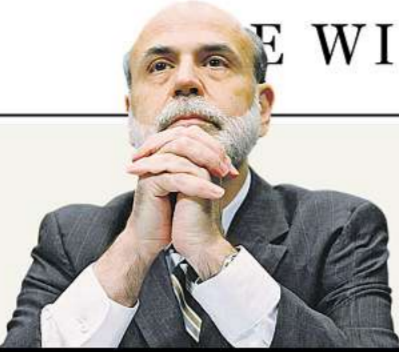


Bohrende Fragen

Fed-Chef Bernanke muss sich der Kritik stellen **SEITE 22**



Schluss mit lustig

Singapurs Politiker streiten über Freizeitparks **SEITE 10**

Elektronische Fessel

Die Kosten der ständigen Erreichbarkeit **SEITE 19**

WAHLKAMPF 2.0: Wie die Parteien im Internet kläglich versagen

www.handelsblatt.com/webwahlkampf

MITTWOCH, 23. SEPTEMBER 2009 | NR. 183

WWW.HANDELSBLATT.COM

* G 0 2531 | DEUTSCHLAND | 2,10 €

Magna droht erneute Nachbesserung

Opel-Investor Magna muss sein Konzept zur Rettung des Autobauers möglicherweise noch einmal nachbessern. Bundeswirtschaftsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** (CSU) schließt dies nicht aus. „Das wird die Prüfung des Business-Plans ergeben“, sagte er dem Handelsblatt. Danach würden alle beteiligten europäischen Staaten gemeinsam beurteilen, ob es Nachbesserungsbedarf gebe. Zu Guttenberg betonte, dass es um eine gemeinsame Lösung und um die ökonomische Tragfähigkeit des Konzepts gehe. „An einem Subventionswettbewerb oder einem Gerangel um Arbeitsplätze hat Deutschland ebenso wenig Interesse wie unsere europäischen Partner.“ | saf **BERICHT SEITE 3**

FINANZMÄRKTE

DAX	↑	5709,38	+0,72%
DOW JONES	↑	9827,30	+0,50%
EURO STOXX 50	↑	2881,60	+0,32%
EURO (\$)	↑	1,4793	+0,0118
BUND 10J.	↑	3,387%	+0,023

Stand: 20.10 Uhr

Handelsblatt.com/favoriten

Die Top-Klicks am 22. September 2009

1. Kehlrig, kernig, knackig – Schröder
2. China zückt politisches Scheckbuch
3. Mit der Macht der Überhangmandate zum Sieg?
4. Wohin gehst du, Dax?
5. Audi setzt sich in München fest

WIRTSCHAFT & POLITIK

Firmen setzen in der Krise auf Innovation

Viele Unternehmen in Deutschland fahren in der Krise ihre Innovationsanstrengungen hoch. Das zeigt eine Umfrage des DIHK, die dem Handelsblatt vorliegt. **SEITE 3**

Deutsche Exporte brechen ein

Deutschlands Exporteure haben in diesem Jahr den schärfsten Geschäftseinbruch seit Gründung der Bundesrepublik erlitten. Doch es gibt Hoffnungen, dass es 2010 wieder aufwärtsgeht. **SEITE 5**

Frankreich senkt Steuern auf Pump

Trotz absehbarer Rekorddefizite im Haushalt des Landes will die Regierung in Paris die Unternehmenssteuern um mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr senken. **SEITE 7**

UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Metro gibt sich grünen Anstrich

Die Konzernholding reagiert auf den Kapitalmarkt und trimmt ihre Vertriebsstrukturen auf Nachhaltigkeit. Gestern kam unter Vorsitz von Vorstandschef Eckhard Cordes zum ersten Mal der sogenannte Nachhaltigkeitsrat zusammen. **SEITE 11**

Boehringer kauft Tierarzneien

Der Pharmakonzern stärkt sein Geschäft mit Tiermedizin. Für mehr als 600 Mio. Dollar kauft Boehringer Teile des US-Konzerns Wyeth. **SEITE 12**

Microsoft wildert im Revier von SAP

Der weltgrößte Softwarekonzern stärkt mit Zukäufen sein Geschäft mit Firmensoftware. Das Unternehmen erwirbt Know-how und Patente in Fertigung, Dienstleistung und Handel. **SEITE 15**

FINANZZEITUNG

Großbanken schwächeln beim Image

Die Finanzkrise hat die Marken der deutschen Großbanken geschwächt. Dagegen konnten laut einer Umfrage die Sparkassen und genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken ihr Image aufpolieren beziehungsweise konstant halten. **SEITE 26**

Brüssel prangert Bankberater an

Die EU-Kommission hat den europäischen Banken eine schlechte Beratung ihrer Privatkunden und überhöhte Gebühren vorgeworfen. **SEITE 28**

Experten raten zu kurzfristigen Anlagen

Die Zinsen für Tages- und Festgeld sind im September so niedrig wie nie zuvor. Anleger sollten laut Bankberatern das Kapital daher eher kurzfristig festlegen. **SEITE 29**

Handelsblatt GmbH, Abonnentenservice, Telefon: 0180/5990010*, Fax: 0211/887-3605, E-mail: hb.aboservice@vhb.de, Internet: www.handelsblatt.com, *0,14 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, ggf. abweichende Preise aus Mobilfunknetzen



Schwarz-Gelb geht die Puste aus

Handelsblatt-Umfrage: Wie 2005 rutschen Union und FDP kurz vor der Wahl ab – SPD und Linke mobilisieren



FDP-Chef Guido Westerwelle und Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Zwiesgespräch im Bundestag: „Bei hoher Wahlbeteiligung wird es eng für Schwarz-Gelb.“

**DANIEL GOFFART
PETER MÜLLER
THOMAS SIGMUND | BERLIN**

Vier Tage vor der Bundestagswahl schwinden die Chancen für ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis. Union und FDP verlieren nach einer aktuellen, repräsentativen Umfrage im Auftrag des Handelsblatts kurz vor dem Ziel an Zuspruch und erreichen zusammen nur noch 46 Prozent. Das würde auch unter Einrechnung der erwarteten Überhangmandate nicht mehr für eine bürgerliche Parlamentsmehrheit reichen. Diese steht nach internen Berechnungen erst ab 47 Prozent.

Die Union rutscht danach auf 34 Prozent ab, die FDP auf zwölf Prozent. Das ist der schwächste Wert für das konservativ-liberale Lager seit Beginn der heißen Wahlkampfphase Anfang Juli. Damit scheint sich die Entwicklung von 2005 zu wiederholen, als der sicher geglaubte Vorsprung von Union und FDP in den letzten Tagen vor dem Urnengang verloren ging.

Der aktuelle Abwärtstrend von Schwarz-Gelb geht aus einer bundesweiten Umfrage unter 1.513 Befragten hervor, die das unabhängige Berliner Meinungsforschungsinstitut Info GmbH im Auftrag des Handelsblatts erstellt hat. Befra-

gungszeitraum war die Woche nach dem TV-Duell zwischen Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Herausforderer Frank-Walter Steinmeier am 13. September.

Die SPD kann sich nach der Umfrage auf 27 Prozent verbessern, die Linken erreichen zwölf, die Grünen zehn und sonstige Parteien zusammen fünf Prozent.

„Der Wahlkampf dreht in Richtung Große Koalition. Offenbar bricht die schwarz-gelbe Welle zu früh“, analysiert Info-GmbH-Geschäftsführer Holger Liljeberg die Daten. „Die knappe Mehrheit für Union und FDP scheint dahin zu sein.“ Allerdings müsse man bei so

dicht nebeneinanderliegenden Werten das statistische Fehlerintervall berücksichtigen.

Auffällig ist jedenfalls die seit dem TV-Duell deutlich steigende Zustimmung für Steinmeier. Zwar geben knapp 73 Prozent der Befragten an, die Fernsehrede habe keinen Einfluss auf ihr Wahlverhalten – allerdings räumen 7,2 Prozent sehr wohl eine Wirkung ein.

Die linken Parteien schaffen es im Endspurt offenbar besser, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen, steigt bei Anhängern der SPD im Vergleich zum Kampagnenstart im Juli um sieben, die der Linken

und Grünen um acht beziehungsweise neun Prozent. Dagegen stagnieren die Mobilisierungswerte bei Unionswählern; bei der FDP sinken sie sogar leicht.

„Besonders dramatisch“ fällt laut Wahlforscher Liljeberg die Wende bei der Frage aus, welche Koalition man erwarte. Schwarz-Rot schießt von 25 auf 43 Prozent, Schwarz-Gelb sackt von 47 auf nur noch 32 Prozent ab. Die Bürger haben offenbar den Glauben an eine schwarz-gelbe Koalition verloren.

Die Union sieht den negativen Schlusstrend mit Sorge. Das gilt vor allem für den Motivations-schub der Linken durch Afghanistan. Laut Umfrage ist den Bürgern inzwischen der Abzug vom Hindukusch wichtiger als der Mindestlohn. „Bei großer Wahlbeteiligung“, so ein Unions-Strategie, „wird es eng für Schwarz-Gelb.“

Mit Blick auf die Entwicklung warnt CDU-Chef Horst Seehofer immer drängender vor zu großer Zuversicht: „Die Wahl ist keineswegs gewonnen.“ CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla forderte bei der Präsentation der CDU-Schlusskampagne am Montag eindringlich weiteres Engagement von den Wahlkämpfern: Der Endspurt sei so knapp, dass es „auf jede Stimme“ ankomme. „Wir wollen noch einmal Gas geben, denn die

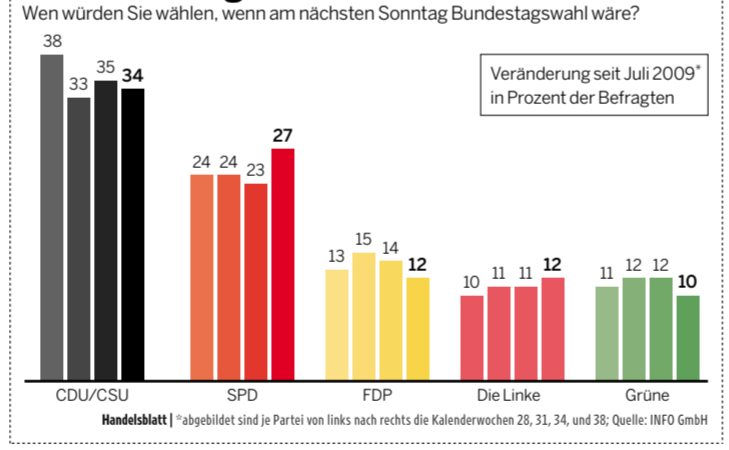
Wahl ist nicht gelaufen“, warnt der CDU-Mann. In der Union herrscht eine gespannte Atmosphäre. „Wir sind optimistisch, aber nicht übermäßig“, räumt Fraktionsvize Wolfgang Bosbach ein. „Den Leuten ist schon die Sorge anzumerken, ob es am Ende für Schwarz-Gelb reicht.“ Ein CDU-Ministerpräsident, der nicht genannt werden will, hegt bereits Zweifel, ob die Wahlkampagne der Union mit genügend Schwung in die Schlussgerade geht. „Wir rollen wie eine Seifenkiste auf das Ziel zu, aber ob wir es auch erreichen, ist offen.“

FDP-Vize Rainer Brüderle wirft der Union eine „eindimensionale Wirtschaftspolitik“ vor. „CDU/CSU haben es versäumt, in die Zukunft zu investieren und eine Forschungs- und Innovationsoffensive zu fahren. Ludwig Erhard hätte sich nicht nur auf Warnen und Mahnen beschränkt“, sagte Brüderle dem Handelsblatt. „Das hat die Union bis heute nicht erkannt. Jeder muss jetzt wissen, dass für den Wechsel bis zum Schluss gekämpft werden muss. Im Schlafwagen verpasst man leicht den Anschluss.“

SCHWERPUNKT SEITE 4
REPORT, MEINUNG SEITEN 8, 10

Das große Online-Special zur Bundestagswahl: www.handelsblatt.com/bundestagswahl

Die Stimmung dreht sich



USA und China wollen Treibhausgase mindern

NEW YORK. US-Präsident Barack Obama hat die Welt zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt aufgerufen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Bei den Verhandlungen über ein neues Klimaschutz-Abkommen im Dezember in Kopenhagen müsse ein „bedeutender Schritt vorwärts“ gemacht werden, sagte Obama auf dem Uno-Klimagipfel in New York vor mehr als 100 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt.

Konkrete Vorschläge machte Obama nicht. Dennoch wurde seine Rede als ein Signal dafür angesehen, dass die USA als zweitgrößter Emittent von CO₂ die Reduktion der Treibhausgase ernsthaft angehen wollen.

Obama sieht die Industrienationen in der Pflicht, den Kampf gegen den Treibhauseffekt anzuführen. Aber auch die schnell wachsenden Schwellenländer, die mit ihrem Kohlendioxid-Ausstoß in den kommenden Jahrzehnten nahezu für das gesamte Emissionswachstum verantwortlich sein würden, müssten ihren Teil beitragen.

Kleine Firmen liegen vorn

Nur noch drei Dax-Konzerne erreichen beim Renditevergleich die Spitze

**DIETER FOCKENBROCK
MARKUS HENNES | DÜSSELDORF**

Kleine Unternehmen und Technologiefirmen hängen die großen Dax-Konzerne bei der Höhe der Rendite klar ab. Im jüngsten Handelsblatt-Firmencheck retten nur die beiden Neuzugänge im Dax, der Düngemittelhersteller K+S und der Kosmetik- und Klebstoffkonzern Beiersdorf, den Ruf der führenden Industrieunternehmen. Ob K+S sich in der Spitze halten kann, ist angesichts der Absatzkrise jedoch fraglich. Noch vor fünf Jahren fanden sich fünf Dax-Konzerne unter den Top 25 der renditestärksten Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Einzig der Softwarekonzern SAP kann seine Top-Renditeposition schon seit Jahren verteidigen. Henkel und BASF, 2004 noch auf Spitzenplätzen, sind ins Mittelfeld abgerutscht, zwei weitere Dax-Renditejäger (Alta und Schering) inzwischen zerschlagen oder übernommen worden.

Auf hinteren Rängen des aktuellen Renditechecks finden sich

gleich vier Dax-Konzerne: Eon, Daimler, MAN und Metro. Grund dafür ist meist der Einbruch im Cash-Flow als Folge der Wirtschaftskrise. Die ebenfalls ganz am Ende platzierte Deutsche Post müsste in künftigen Rankings aufzurücken, weil der Logistikkonzern

nach dem Verkauf der Postbank seine Bilanzrelationen deutlich verbessern kann.

Spitzenreiter des Renditechecks 2009 ist SMA Solar. Der Spezialist für Wechselrichter für Solarstromanlagen war erst 2008 an die Börse gegangen. Allerdings geriet das TecDax-Unternehmen in jüngster Zeit in den Abwärtstrend der Branche. Die beiden Schlusslichter, Escada und Arcandor, haben inzwischen Insolvenz angemeldet und werden deshalb in der Untersuchung nur noch nachrichtlich erwähnt. Beide Unternehmen waren schon im Ertragsstärkevergleich des Vorjahres am Tabellenende gelandet.

Der Firmencheck entsteht in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsprüfung an der Uni Saarbrücken und der Unternehmensberatung Oliver Wyman. Er analysiert 133 Abschlüsse des Geschäftsjahres 2008 aus den Börsenindizes Dax, MDax, SDax und TecDax und bewertet vier verschiedene Ertragskennziffern.

Konzerne im Vergleich

Renditestärke in Punkten	
Tops	
SMA Solar	900
Rational	875
Pfeiffer Vacuum	875
Hamb. Hafen	850
K+S	775
SAP	775
Wacker Chemie	775
Flops	
Freenet	150
Conergy	100
Heidelberg Druck	75
Air Berlin	75
Deutsche Post	75

Max. 1000 Punkte nach vier Renditekennziffern möglich; Handelsblatt | Quelle: IWP

G20

Gipfel der starken Worte

Im Vorfeld des dritten Weltfinanzgipfels sind in den Reihen der Politik mächtige Worte gefallen. Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde hat Vergütungen im achtstelligen Bereich als „absolute Schande“ gebrandmarkt. Die Bonusblase der Banker sei geplatzt, jubilierte Schwedens Premier Fredrik Reinfeldt, als sich die EU vor wenigen Tagen auf eine einheitliche Strategie für das G20-Treffen festgelegt hatte.

Der Forderungskatalog, den die Europäer mit nach Pittsburgh bringen, liest sich wie das Lexikon einer runderneuerten Finanzwelt; als würden die mächtigen Mauern der Wall Street über Nacht eingerissen: Begrenzung von Managergehältern, höhere Eigenkapitalanforderungen, Stärkung der Aufsichtsbehörden, Finanzmarktsteuerung und vieles mehr. Doch wer macht bei der G20 den ersten Schritt, um dem Gipfel der starken Worte auch Taten folgen zu lassen?

**MATTHIAS
EBERLE**

Korrespondent
New York



Dringend nötig wäre es, denn das Kasino hat längst wieder geöffnet. Gut ein Jahr nach der verheerenden Pleite von Lehman Brothers sind Amerikas Bankenriester noch größer geworden statt kleiner – und damit das Systemrisiko, das von ihnen ausgeht. Bei den Finanzderivaten regiere weiterhin der Wilde Westen, kritisiert die Chefin des US-Einlagenversicherungsfonds FDIC, Sheila Bair, zu Recht. Wer also will es ernsthaft schaffen, Goldman Sachs & Co. Fesseln anzulegen?

Alle schauen auf Barack Obama, doch der US-Präsident ist zu Hause umzingelt von Banklobbyisten auf der einen und Protektionisten auf der anderen Seite: Die Hüter der Wall Street warnen eindringlich davor, eines der zentralen Machtinstrumente der USA nachhaltig zu schwächen. Um den linken Flügel im Kongress zu beruhigen, hat sich Obama zu Handelszöllen auf China-Reifen hinreißen lassen. Über die Wertigkeit von G20-Ergebnissen sagt das einig: Vor einem halben Jahr erst haben Teilnehmer des Weltfinanzgipfels eine Resolution unterzeichnet, wonach protektionistische Maßnahmen zu unterlassen seien.

Wenn die USA nicht mit gutem Beispiel vorangehen, wer sonst? Konkrete Ergebnisse sind in Pittsburgh nicht zu erwarten, eher die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Ein Durchbruch dürfte am ehesten bei den Plänen zur Eindämmung der Gehalts-exzesse zu schaffen sein: Der Tiefe sich auf beiden Seiten des Atlantiks erfolgswirksam verkaufen. So geschickt dieser Schachzug politisch sein mag: Zur Reform des Finanzsystems gibt es aber weit wichtigere Stellschrauben.

Die Staatengemeinschaft müsste vor allem durchsetzen, dass Banken künftig mehr Eigenkapital vorhalten, auch um das Risiko für Steuerzahler in künftigen Krisenfällen zu verringern. Auf diese Weise würden die Kredithebel und die Gewinnchancen der Banken reduziert – und als Folge davon die Managerlöhne. Eine rasche Anhebung der Eigenkapitalpolster ist aber auch risikoreich, weil sie die Kreditklemme verstärken könnte.

Um die Märkte nicht zu erschrecken, spielen Amerika und Europa deshalb auf Zeit. US-Finanzminister Timothy Geithner hat die Einführung höherer Kapitalanforderungen bis Ende 2012 vorgeschlagen. Fast zweieinhalb Jahre nach Pittsburgh dürfte der Krisenschmerz dann vergessen sein – und damit der politische Druck, den Finanzsektor grundlegend zu reformieren.

eberle@handelsblatt.com

BERICHT SEITE 14

TAGESTHEMA SEITE 2